Der Ortsbeirat des Stadtteils Südviertel ♦ 35037 Marburg

An alle Mitglieder des Ortsbeirates des Südviertels,
die im Südviertel lebenden Stadtverordneten,
Frau Wölk,
den Magistrat der Stadt Marburg,
sowie die interessierte Öffentlichkeit

Ortsbeirat des Stadtteils Südviertel

Ansprechpartnerin:
Ortsvorsteherin Antje Tietz
Kämpfrasen 4
35037 Marburg
Tel.: 06421 163858
Mobil: 0151 425 515 59
E-Mail: an.ti@gmx.de

Sprechzeiten:
Nach Vereinbarung

Datum: 10. Oktober 2018

Einladung zur öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu einer öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates Südviertel am

Mittwoch, dem 17. Oktober 2018, 19.30 Uhr,
im ehem. KFZ, Schulstrasse 6, 35037 Marburg

lade ich Sie hiermit herzlich ein.

Folgende **Tagesordnung** ist vorgesehen:

1. Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.9..2018
3. Ideen zur Haushaltsanmeldungen 2019
4. Diskussion zum Antrag der Grünen „Millieuschutzsatzung“
5. Deserteursdenkmal - Was könnte,sollte verbessert werden?
6. Mitteilungen
7. Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen

Antje Tietz
Ortsvorsteherin

2 Anhänge

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: **VO/6267/2018** Status: öffentlich Datum: 28.05.2018
Antragstellende Fraktion/en:	B90/Die Grünen

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Milieus erhalten und stärken – Gentrifizierung entgegenwirken

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, im Sinne des Milieuschutzes nach § 172 bis 174 BauGB Erhaltungssatzungen für die Ortsbezirke Altstadt, Campusviertel, Südviertel und Weidenhausen zu erarbeiten.

Begründung:

Gentrifizierung ist nicht nur in Großstädten, sondern auch in Marburg ein zunehmendes Problem. Auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten werden seit einigen Jahren vermehrt Immobilien zu lukrativen Renditeobjekten für Spekulant*innen. Einkommensschwache Mieter*innen aber auch Einzelhändler*innen und Gastronom*innen werden dadurch und im Zuge häufiger Eigentümer*innenwechsel aus den Kernstadtbereichen verdrängt. Oftmals geht dieser Prozess mit unverhältnismäßigen Mietsteigerungen einher. Durch diese Entwicklung geraten gewachsene Strukturen in Quartieren ins Wanken, Wohnraum verteuert sich massiv und auch für Gewerbetreibende ist ein Einzelhandelsgeschäft oder Gastronomiebetrieb in manchen Stadtvierteln aufgrund steigender Mieten oder Pachten nicht mehr zu finanzieren.
Zur Unterbindung von Immobilienspekulationen, zum Schutz von Mieter*innen und Gewerbetreibenden vor Mietsteigerungen aufgrund dessen und zur Erhaltung der städtebaulichen Besonderheiten der oben genannten Ortsbezirke benötigen wir auch in Marburg eine Erhaltungssatzung zum Zweck des Milieuschutzes in der Kernstadt. Die Stadt Frankfurt am Main und die dortigen satzungsmäßigen Regelungen können und sollten als Vorbild für Marburg dienen.

Christian Schmidt **Marco Nezi**

Protokoll der Ortsbegehung am Deserteursdenkmal / Frankfurter Straße am 11. 9. 2018

Gesprächsgrundlage ist der Fraktionsantrag VO/6387/2018 mit dem Vorschlag, das Deserteursdenkmal stärker öffentlich wahrnehmbar zu gestalten.

Anwesend: Herr Schröder (33), Frau Kupka (41), Herr Becker (41), Herr Kulle (61), Frau Schmidt (65), Herr Engelbach (66), Frau Kühn (67), Frau Vignoli (67), Frau Auernheimer (Geschichtswerkstatt), Herr Heiny (Geschichtswerkstatt), Herr Maier-Metz (Geschichtswerkstatt)

Abwesend: Frau Tietz (Ortsbeirat – war leider nicht informiert) Herr Gärtner (Südstadtgemeinde)

Die Anwesenden sind sich einig, dass eine Standortverlegung des Deserteursdenkmals nicht wünschenswert ist, da der bisherige Ort (vor dem ehemaligen Kasernengelände und dem Wehrmachtsgebäude, in dem die Deserteursurteile gesprochen wurden) dem Anliegen des Denkmals in hohem Maße gerecht wird.

Auch ein Podest oder Sockel, auf den das Denkmal gestellt werden könnte, wird wegen des gleichermaßen subtilen wie offenen Charakter des Denkmals abgelehnt, ebenso eine gemauerte Einfassung.

Einvernehmlich wird festgestellt, dass die beste Möglichkeit zur stärkeren öffentlichen Wahrnehmbarkeit eine Vergrößerung des Denkmalgeländes nach beiden Seiten und nach vorn zur Frankfurter Straße ist. Dabei würden voraussichtlich fünf der bisherigen Parkplätze wegfallen.

Über die Art der Vergrößerung (Begrünung, Bepflanzung, Pflasterung, anderweitige Neubeschichtung) bestehen unterschiedliche Ansichten, ein Aufgreifen des bisherigen Erscheinungsbildes (Schotteruntergrund) betreffen. Allerdings halten alle Anwesenden eine Art Ruhepunkt (Bank / Bänke) in Denkmalnähe für wünschenswert.

Um den Schutz der neuen Denkmalsfläche vor dem Autoverkehr einerseits und ihre Zugänglichkeit durch die DBM (Baumbeschnitt) gleichermaßen zu gewährleisten, wird eine Art Umfassung durch einzelne Steine (als Assoziation an den Steinbruch, in dem die Hinrichtungen der deserteure stattfanden) angedacht, die an der Zufahrt beweglich sein müßte.

An einem solchen Stein könnte auch eine neue Gedenkinschrift angebracht werden.

Die Anwesenden beschließen, sich Anfang November zu einer erneuten Diskussion zu treffen, wenn eine Geländeskizze der Stadtplanung vorliegt. In der Folge sollen dann dem Parlament mindestens zwei (auch finanziell) praktikable Vorschläge zur Entscheidung vorgelegt werden.

Protokoll: Dr. Christoph Becker

Nachschrift: Einige Einzelgespräche und Vorschläge haben im Protokoll leider keinen Platz gefunden. Wir bitten aber ausdrücklich darum, auch diese weiter zu thematisieren / ergänzen. Im Fachdienst Kultur entstand z.B. der Gedanke, die verschiedenen Gedenkorte auf dem Kämpfrasen (also zur Bücherverbrennung und zur Hinrichtung von Hexen ebenda) am Deserteursdenkmal quasi zusammenzuführen, also durch zusätzliche Texte vielleicht auf der Seite des angedachten Steins mit

der eigentlichen Deserteurs-Inschrift auch diese Geschichte des Kämpfrasens an würdigem Ort aufzuarbeiten. Ansonsten hätten wir demnächst im Umkreis von 50 Metern drei verschiedene Gedenktafeln.

Niederschrift

Sitzung des Ortsbeirats Südviertel (öffentlich)

Sitzungstermin:	**17.10.2018**
Sitzungsbeginn:	19:35 Uhr
Sitzungsende:	21:48 Uhr
Ort, Raum:	Ehem. KFZ, Schulstraße 6, 35037 Marburg

Anwesende	
Reguläre Mitglieder	
Antje Tietz – Ortsvorsteherin	enstchuldigt
Dr. Georg Dumler- stellvertr. Ortsvorsteher	übernimmt die Sitzungsführung
Miguel Angel Sánchez Arvelo - Schriftführer	
Heike Bartsch	entschuldigt
Dr. Theresia Jacobi	entschuldigt
Manfred Jannasch	um 20:08 angekommen -entschuldigt-
Eckhard Kohn	
Anna-Rosina Nebe	
Wolfgang Steinberg	

Sonstige	
Christian Schmidt (Stadtfraktion B90/Die Grünen)	Verlässt die Sitzung um 21:09

Gäste	
• 3 Gäste	Um 21:46 verlässt ein Gast die Sitzung

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Der stellvertretende Ortsvorsteher eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ortsbeirats fest: Anwesend sind 5 Mitglieder und der Ortsbeirat ist damit beschlussfähig.

Den Gästen wird angeboten, ihre Anliegen an den Ortsbeirat vorzustellen aber es werden keine Anliegen angebracht. Herr Schmidt stellt klar, dass die Stadtabgeordneten Recht zu sprechen in den Diskussionen der Top haben.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.9.2018

Die Niederschrift wird genehmigt.

zu 3 Ideen zur Haushaltsanmeldungen 2019

Der Top wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Vor Top 4 und 5

Bevor die Punkte 4 und 5 abgehandelt werden, beklagt Herr Dumler, dass es aus seiner Sicht keine Begründung dafür gebe, dass die Stadtabgeordnetenfraktionen Anträge in die Tagesordnung der Ortsbeiratssitzung einbringen können. Er beklagt sich zudem über mangelnde Informationen. Ein Beschluss des Stadtparlaments hierzu sei ihm nicht bekannt.

Herr Schmidt informiert Herrn Dumler, dass der Magistrat den Antrag über die Milieuschutzsatzung zur Diskussion in die betroffenen Ortsbeiräte weitergereicht habe, um ihre Meinung einzuholen.

Herr Sánchez Arvelo behauptet, dass es keinen Grund für solche Irritierung des stellvertretenden Ortsvorsteher gebe. Im Gegenteil hält er es für positiv und passend, dass die Stadt den Ortsbeirat um seine Meinung frage, bevor eine Entscheidung treffe, welche den Ortsbeirat betreffe.

Es steht die Frage im Raum für manche Gremiumsmitglieder, ob der Antrag den Ortsbeirat etwas angehe.

Anschließend geht das Gremium zu der Diskussion des Top 4 und 5 über.

zu 4 Diskussion zum Antrag der Grünen „Milieuschutzsatzung“

Herr Dumler gibt eine Einführung über das Thema:
In bestimmten Gebieten bzw. Milieus von anderen Städten (z.B. Frankfurt, München) gibt es bereits Milieuschutzsatzungen bzw. Erhaltungssatzungen. Wenn man solche Prozesse und die Merkmale von den betroffenen Gebieten betrachte, könnte man daraus folgen, dass das Südviertel über genügend Merkmale verfüge, um so eine Regelung zu erhalten.
Bei dieser Satzung handele es sich um ein Instrument, um zu vermeiden, dass das Milieu seinen Charakter durch Luxussanierungen oder Nutzungsveränderungen in den Wohnungen und Grundvermögen verliert.
Anschließend eröffnet der stellvertretende Ortsvorsteher die Diskussion. Folgende Positionen werden von den Teilnehmenden vertreten:

Herr Steinberg: Es diene den Interessen des Stadtviertels. Durch die zuvor genannten Sanierungen und Renovierungen folgen oft Vertragsveränderungen oder plötzliche Mieterhöhungen, welche Mieter oder Geschäfte dazu zwingen auszuziehen. Das würde zu drastischen Veränderungen in dem Viertel führen. Es handele sich nicht nur um die Sanierung von Wohnungen und die folgende Veränderungen von dem Preis: manchmal werden kleine Wohnungen zusammengelegt, um eine einzelne, größere Wohnung zu schaffen, oder noch häufiger große familientaugliche Wohnungen in separat vermietbare Studierendenzimmer umgewandelt.. Man solle Maßnahmen ergreifen, um den Mietern zu gewährleisten, dass sie ihre Wohnungen deswegen nicht verlieren. Seiner Ansicht nach gebe es Schutzbedürfnisse in dem Viertel.
Dazu solle ein gewisser Prozentsatz von Sozialwohnungen in dem Viertel gewährleistet bleiben.

Gast: München als Beispiel: die allgemeine Sanierungen, die in den 90ern Jahren umgesetzt wurden, haben gewisse Viertel von Handwerker-Milieus zu Wohlhabenden-Vierteln umgewandelt.

Gast: Eine persönliche Situation (Erhaltung eines Erbhauses) habe ihr betroffen. Die von ihr durchgeführte Sanierungen wären keine Luxus, sondern unbedingt benötigte Maßnahmen. Sie finde aber zu aufwändig, zu schematisch festzulegen, was eine Sanierung sei und was nicht. Grundsätzliche Ursache des Verlassens eines Hauses sei, dass die betroffene Familie sich nicht weiter leisten können, in großen Wohnungen zu leben: die Kinder sind weg, die Wohnung wird zu groß und danach verschlechtert sich die finanziellen Situation.

Herr Sánchez Arvelo: Dies sei eine Chance, um die Bürgerbeteiligung in einer so wichtigen Diskussion zu fördern, denn damit könnten die Wohnstandards in dem Stadtviertel kollektiv definiert werden.
Der Preis von den Wohnungen in dem Südviertel schließen Menschen mit niedrigen Einkommen aus: das sei eine Folge einer Entwicklung von diesen Standards zu Luxuswohnungen in dem Viertel. Das wird zu einem Kriterium, um in diesem Viertel wohnen zu dürfen. Deswegen ist es nötig, sich Instrumenten zu beschaffen, welche helfen, z.B. die Mietpreise zu regulieren.

Herr Dumler: Seine persönliche Erfahrung während der Zeit seines Studiums haben ihm gezeigt, dass die Wohnstandards der Studenten aus einer ganz anderen Perspektive betrachten werden und zwar mit sehr niedrigen Erwartungen. Der Unterschied zwischen Luxus und Notsanierung ist nicht klar und die logische Folgen von solchen Maßnahmen auf den Preis Ärgern die Studenten, weil sie deswegen mehr bezahlen sollen. Trotzdem werden individuelle Situationen falsch als strukturell vorgestellt und das wäre nicht genug, um eine Erhaltungssatzung zu fordern.
Darüber hinaus verfügen die Bürger über andere Instrumenten außer der Milieuschutzsatzung, um das Problem von den Sozialwohnungsbau abzuhandeln: z.B. die Bauleitplanung.

Herr Janasch: Dass Menschen wegen der Preise der Wohnungen in dem Südviertel ausgeschlossen werden, sei ihm nicht bekannt. Das Problem sei vielschichtig: Zunächst sei Marburg zu klein. Anschließend sind Familienwohnungen von den Kindern verlassen und sie werden zu teuer für die Eltern. Deswegen müssen diese die Wohnung verlassen. Diese Wohnungen werden danach an Studenten vermietet. Aber man könne nicht vorschreiben, dass die Familien wieder kommen sollen.
Andererseits versuchen die Eigentümer der Geschäfte normalerweise, den Raum weiter zu vermieten, wenn ihre Aktivität beendet ist. Es würde versucht, in die Stadt neue Geschäfte in diesen Räumen zu erschaffen, aber es sei nicht möglich gewesen.
Dazu solle keiner dem Eigentümer beschränken können, was er in seinem Eigentum machen darf. Darüber hinaus gebe es keinen Grund, um eine Milieuschutzsatzung einzusetzen: das Südviertel sei zu klein dafür und erfülle die Voraussetzungen nicht.
Allerdings stimme es nicht, dass in bestimmten Vierteln bzw. im Südviertel nicht möglich sei zu wohnen. Trotzdem, wenn gewisse Verbesserungen in der Wohnung durchgeführt werden, und die Wert der Wohnung höher ist, könne man nicht erwarten, dass jeder es danach bezahlen könne.

Frau Nebe: sie habe auch nicht gesehen, dass es Probleme gebe, um im Südviertel zu wohnen.

Herr Schmidt: Es gebe doch eine Studie über das Bedürfnis, das Instrument der Milieuschutzsatzung in Marburg anzuwenden. Diese Studie bestätige diese Bedürfnisse und definiere vier Gebiete, in welchen dieses Instrument eingesetzt werden könne. Diese Gebiete bzw. das Südviertel erfüllen die von dem Gesetz vorgesehenen Voraussetzungen. Darüber hinaus dieser Prozess könnte die Bürgerbeteiligung tatsächlich einbringen.
Dabei handele es sich nicht vorzuschreiben, wer in welchem Gebiet wohnen solle, sondern zu ermöglichen, dass auch Menschen mit niedrigen Einkommen Recht darauf haben, zu wohnen, wo sie möchten. Wenn es Nutzungsveränderungen und folglich Mietpreisveränderungen gebe,

könnte das unmöglich werden. Es handele sich letztendlich darum, zu versuchen, da zu steuern, wo der Markt im Bezug auf dem Wohnungsmarkt versagt.

Nach der Diskussion erklärt der stellvertretende Ortsvorsteher die Diskussion für einen positiven Austausch und für sehr bereichernd. Anschließend schlägt er vor, das Thema noch einmal aufzugreifen.

Beschlussfassung:
Den Top für die nächste Sitzung zu vertagen.

Es wird **einstimmig** ohne Widerspruch von dem Gremium **angenommen**.

Herr Janasch erbittet Informationen, wie die Satzung aussehen könnte. Herr Schmidt bittet an, ein Beispiel von Frankfurt zu senden.

Am Ende des Tops verlässt Herr Schmidt die Sitzung.

---

zu 5 Deserteursdenkmal - Was könnte, sollte verbessert werden?

Der stellvertretende Ortsvorsteher stellt das Thema vor und eröffnet die Diskussion. Folgende Positionen werden vertreten:

Herr Janasch: Bei der Figur des Deserteurs handele sich um die Figur eines Fahnenflüchtigen: jemand der die Truppe und seine Kameraden verlasse. Es handele sich um keinen Widerstandskämpfer. Deswegen finde er keinen Grund um sie zu verehren und er wolle ein solches Denkmal in dem Viertel nicht. Die CDU-Fraktion habe gegen diesen Antrag in der Stadtparlament abgestimmt.

Herr Sánchez Arvelo: Es handelte sich bei der Desertion um einen existentiellen Widerstand gegen eine ungerechte Handlung und gegen das Verzweifeln. Solche Darstellungen als Verräter erinnere ihm an die gleiche ungerechte Behandlung in seiner Heimat von Menschen, die abgelehnt hätten, der Diktatur zu dienen: diese Menschen werden immer noch als Verräter dargestellt.

Herr Dumler: Nach dem Lesen des Protokolls, könne man sich fragen, ob solches Denkmal ermutigen würde, Deserteur zu werden und damit eine rechtswidrige Handlung zu fördern.

Herr Steinberg: Die Leute würden gezwungen, in Krieg teilzunehmen. Es wäre legitim zu desertieren, denn dieses Befehl wäre illegitim. Dieses Denkmal ermögliche, dass die Problematik erwähnt werde, und dass darüber diskutiert werde. Die vorgeschlagene Maßnahmen finde er vernünftig. Man könnte aber diskutieren, wie sie umgesetzt werden könnten.

Der stellvertretende Ortsvorsteher schlägt folgende Kurzbeschlussfassung vor:

Beschlussfassung:
Der Ortsbeirat unterstützt den von der SPD-Fraktion gestellten Antrag.

Abstimmungsergebniss:

Ja: 4 Nein: 1: Enthaltung: 1

Wieder zum Top 3 wird von Frau Nebe erwähnt, dass die Heizgeräte nicht funktionieren. Herr Janasch schlägt vor, dass der Ortsbeirtat der Stadt folgende Kritik erhebe: Der Raum im Winter ist schlecht heizbar. Das Gremium nimmt den Vorschlag an.

---

zu 6 Mitteilungen

Der Ortsbeirat bedankt sich für das Aufstellen von Ruhebänke an manchen Bushaltestellen z.B. auf der Frankfurter Straße. Leider liegt keine Information darüber vor, wo Bänke aufgestellt wurden.

Weihnachtsbaum -Treff mit Punsch, Am 12.12 um 17:00 Uhr. Problematisch ist, dass für einige Mitglieder der Termin nicht möglich ist. Es wird versucht, einen anderen Termin abzumachen.

Projektgruppe des Marburger Bibelseminars

Weinachtschmucktauschbörse: am 18.11 von 15:00 bis 18:00 Uhr. Im VHS-Atelier.

AK Verkehr: Wie die Ortsvorsteherin mitgeteilt hätte, wurde keine Einladung von bei ihr erhalten und deswegen habe sie nicht teilnehmen können.

Gartenbauseminar: Am 24.10

Einladung zur Veranstaltung „Der Aufbruch zu gleichen Rechten“: am 20.10 um 10:00 Uhr im Erwin Piscator Haus

zu 7 Verschiedenes

Es gibt nichts abzuhandeln.

Marburg, 11. November 2018

Georg Dumler
stellvertr. Ortsvorsteher

Miguel Angel Sánchez Arvelo
Schriftführer